



Deutsche Kampfhubschrauber in Mali

MARC TESSENHORN / BUNDESWEHR/MARC TESSENHORN

Stasi-Unterlagenbehörde Teure Überstunden

Der Bundesrechnungshof wirft der Stasi-Unterlagenbehörde einen schlampigen Umgang mit Steuergeldern vor. So habe eine Mitarbeiterin in vier Jahren eine Überstundenvergütung von mehr als 100 000 Euro erhalten. Damit habe die Behörde der Frau „ein höheres Gesamtentgelt als einem höher vergüteten Abteilungsleiter zugestanden“. Nachweise über geleistete Überstunden waren in den Akten offenbar „nicht dokumentiert“. Zudem monierten die Prüfer, die Behörde habe Ausgaben für eine Mitarbeiterfeier unter dem Haushaltstitel „Veröffentlichung und Dokumentation“ verbucht – und dabei Kosten für „Catering, musikalische Umrahmung, Blumenschmuck und Taxifahrten“ abgerechnet. Die Stasi-Unterlagenbehörde will die Mängel nun abstellen und Finanzentscheidungen intensiver prüfen. Der Linken-Haushaltspolitiker Michael Leutert kritisiert: „Dass ausgerechnet die Wächter über die Stasiakten ihre eigenen Personalakten offensichtlich nicht sauber führen, wäre fast ironisch, wenn dabei dem Steuerzahler kein Schaden entstünde.“ deg

Verteidigung Pilotenmangel

Die Probleme der Bundeswehr mit dem Kampfhubschrauber „Tiger“ sind dramatischer als bisher bekannt. Zurzeit verfügen nur 18 Piloten über die Voraussetzungen, die für Flüge in Einsatzgebieten erforderlich sind. Das reicht gerade aus, um den „Tiger“ ein Jahr lang in Mali einsetzen zu können. In einem internen Bericht des Kommandos Heer heißt es, der „Expertiseverlust“

sei nicht nur bei jungen, sondern „mittlerweile bei allen“ Piloten deutlich sichtbar: „Dies wird zunehmend zu einem flugsicherheitsrelevanten Thema.“ Die kleine Gruppe dieser 18 Piloten werde „für alle Übungs-/ Schießvorhaben sowie Einsätze und einsatzgleiche Verpflichtungen herangezogen“. Das habe „keine dauerhafte Erfolgsaussicht“, weil diese Gruppe der hohen zeitlichen Belastung „nicht mehr standhalten wird“. Der Pilotenmangel ist eine Spätfolge

des Afghanistan-Einsatzes. 2012 musste die Bundeswehr vier der neu eingeführten Kampfhubschrauber an den Hindukusch verlegen, obwohl das Pilotentraining gerade erst angelaufen war. 2013 und 2014 fand deshalb so gut wie keine Ausbildung statt, weil alle Fluglehrer in den Einsatz mussten. Bis heute sind von den 123 Pilotenstellen für den „Tiger“ nur 62 besetzt, von denen 18 die Vorgaben für Einsätze („mission readiness“) erfüllen. ham

Rechte I NPD baut ab

Die regionalen Organisationsstrukturen der NPD bröckeln. Nach Beobachtungen mehrerer Landesverfassungsschutzämter muss die rechtsextreme Partei zunehmend Kreisverbände zusammenlegen, um noch einigermaßen handlungsfähig zu bleiben. In Rheinland-Pfalz sind beispielsweise von ehemals elf Kreisverbänden nur noch drei übrig geblieben. In Hessen würden Kreis- und Unterbezirksverbände zu Bezirksverbänden zusammengelegt, heißt es in einem Bericht, da „nur wenige poli-

tik- und aktionsfähige Mitglieder und Funktionäre zur Verfügung“ stünden. Bislang wird die bundesweite Zahl der NPD-Mitglieder zwar noch mit etwa 5200 angegeben, intern rechnen Experten jedoch mit geringeren Zahlen. So sei in Sachsen die Zahl der NPD-Mitglieder im Jahr 2016 von 600 auf 420 zurückgegangen. Der Bedeutungsverlust sei fast überall spürbar. Als etwa die NPD in München im vergangenen Jahr zu einer Kundgebungsrunde zu den Themen Flüchtlinge und Wohnungsnot aufrief, seien bei allen drei Veranstaltungen nur jeweils 5 Personen gekommen. mab

Rechte II Mehr „Reichsbürger“

Die nordrhein-westfälische Polizei zählt immer mehr „Reichsbürger“. Das Düsseldorfer Landeskriminalamt (LKA) ordnet mehr als 2000 Personen dieser Szene zu – im Januar ging der Staats-



Treffen der „Reichsregierung“

schutz nur von halb so vielen Personen aus. In Sicherheitskreisen wird der Anstieg darauf zurückgeführt, dass die Behörden sich intensiver mit „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ befassen. Im LKA läuft seit November ein entsprechendes „Auswerteprojekt“. Deutschlandweit gehören der Szene laut Bundesverfassungsschutz etwa 12 600 Personen an. Jeder Zwanzigste sei Rechtsextremist, 700 verfügten über eine waffenrechtliche Genehmigung, heißt es. „Reichsbürger“ glauben, die Bundesrepublik Deutschland und damit deren Rechtsordnung existierten nicht. jdl

CHRISTIAN WERNER / ZEITENSPIEGEL